

Pulsnitzer Anzeiger

Dhorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: Bei Abholung 14 täglich 1.— RM., in Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 15 Pf. Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsansage für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 1. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebhardt. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. IX.: Geschäftsstelle: Rur Adolf-Stiller-Straße 2 — Fernruf nur 1000

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr 279

Donnerstag, den 30. November 1939

91. Jahrgang

Letzter Aufruf zur friedlichen Lösung

Molotow über die russisch-finnische Krise

Moskau, 30. November. Um 24 Uhr Moskauer Zeit hielt der Vorsitzende des Kommissarenrates und Außenkommissar Molotow über sämtliche Sowjetländer eine kurze Ansprache zur gegenwärtigen sowjetisch-finnischen Krise, die als letzter Aufruf zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes bezeichnet werden kann. Molotow führte u. a. aus:

Das feindselige Verhalten der Politik der gegenwärtigen finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion habe die Sowjetregierung zu sofortigen Maßnahmen zum Schutze der Staatssicherheit gezwungen. Es sei bekannt, daß die Sowjetregierung im Laufe der letzten zwei Monate mit der finnischen Regierung Verhandlungen geführt hat, über minimale Vorschläge zur Sicherung der Grenzen der Sowjetunion und insbesondere Leningrads. Die finnische Regierung habe sich jedoch von Anfang an gegenüber den friedlichen Vorschlägen der Sowjetunion unzugänglich gezeigt und sich nicht bemüht, eine Grundlage für ein Abkommen mit der Sowjetregierung zu finden. Die finnische Regierung habe im Gegenteil Wege beschritten, die im Interesse der Kriegsbrennstoffe liegen. Ungeachtet aller Konzessionen der Sowjetregierung hätten die Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt.

In den letzten Tagen hätten sich an der sowjetisch-finnischen Grenze Provokationen der finnischen Militärkräfte ereignet, die in der Beschädigung von Abteilungen der Roten Armee ihren Ausdruck fanden. Die Versuche der Sowjetregierung, Finnland zu warnen vor einer Wiederholung solcher Provokationen, hätten im Gegenteil keinen Erfolg gehabt, sondern im Gegenteil zu neuen Grenzverletzungen geführt. Auf die Vorschläge der Sowjetregierung habe die finnische Regierung mit einer Weigerung geantwortet und mit einer frechen Behauptung der Tatsache des Artillerieüberfalles der finnischen Truppen auf die Sowjettruppen. Die finnische Antwort habe die Absichten verraten, Leningrad auch weiterhin noch unter direkter Bedrohung durch die finnischen Truppen zu halten. Die finnische Regierung, die vertritt sei in ihre Bindungen zu den „Imperialisten“, wolle demnach überhaupt keine normalen Beziehungen zur Sowjetunion unterhalten, und sei auch nicht gewillt, die Forderungen des zwischen der Sowjetunion und Finnland bestehenden Nichtangriffspaktes zu berücksichtigen. Im Gefolge der neuen finnischen Provokation an der sowjetisch-finnischen Grenze habe die Sowjetregierung deshalb folgende Maßnahmen für nötig erachtet:

1. Die — bereits bekannte — Auffündigung des Nichtangriffspaktes mit Finnland, die in Anbetracht der beständigen Überfälle und Ausschreitungen der finnischen Truppen gegen die sowjetischen Grenztruppen notwendig geworden sei.

2. Da die Sowjetregierung die gegenwärtige Lage nicht länger hinhinnehmen könne, und die Bedrohung der Sowjetgrenzen

und insbesondere Leningrads nicht weiter dulden könne, habe sie beschlossen, ihre politischen und wirtschaftlichen Vertreter aus Helsinki sofort abzurufen.

3. In Anbetracht der gegenwärtigen Krise habe die Sowjetregierung weiter an die Rote Armee und die Rote Flotte den Befehl erteilt, auf alle Überraschungen von Seiten der finnischen Truppen gefaßt zu sein und neue Provokationen mit der Waffe abzuwehren.

Im Ausland seien, so fuhr Molotow fort, von sowjetfeindlicher Seite Gerüchte verbreitet, wonach die Sowjetunion Finnland erobern wolle bzw. mit dem gegenwärtigen Konflikt kriegerische Absichten gegen Finnland verfolgte. Diese Gerüchte erklärte Molotow nachdrücklich für absurd und böswillig, denn die Sowjetregierung habe keine derartigen Absichten.

Die Sowjetregierung sei vielmehr bereit, um ein gutes Verhältnis zu Finnland herzustellen, auch territoriale Zugeständnisse an Finnland zu machen: So könnten z. B. gewisse Gebiete Sowjetkareliens mit einer den Finnen stammesverwandten Bevölkerung an Finnland abgetreten und mit dem finnischen Staat vereinigt werden. Dazu sei es allerdings erforderlich, daß die Position der finnischen Regierung gegenüber der Sowjetunion keine feindselige, sondern eine freundschaftliche wäre.

In anderen böswilligen Verleumdungen sei die Behauptung aufgestellt worden, daß die Sowjetunion sich in die inneren Verhältnisse Finnlands einmischen wolle. Demgegenüber betonte Molotow, daß die Sowjetregierung Finnland als unabhängigen Staat in bezug auf seine innere sowie seine äußere Politik anerkenne und an der Ansicht festhalte, daß das finnische Volk seine inneren und seine äußeren Angelegenheiten selbst entscheiden solle. Die Völker der Sowjetunion wünschten auch in Zukunft, daß das finnische Volk die Möglichkeit habe, sich in freier und unabhängiger Entwicklung ungestört zu entfalten.

Auch in Fragen der Beziehungen zwischen Finnland und anderen Staaten würde sich die Sowjetunion niemals einmischen wollen, denn sie sei der Ansicht, daß diese Fragen Finnlands allein angehen. Dagegen müsse die Sowjetunion nachdrücklich auf ihre eigene Sicherheit und insbesondere auf den Schutz Leningrads bedacht sein, was sie auch als einziges Ziel in den verstorbenen Verhandlungen verfolgt habe.

Wir können nicht dulden, so sagte Molotow, daß unsere Sicherheit von dem bösen Willen der gegenwärtigen finnischen Regierung abhängt. Wir zweifeln jedoch nicht, daß eine positive Lösung dieser Aufgabe die Grundlage zu einer neuen Freundschaft zwischen der Sowjetunion und Finnland abgeben kann.

Wachsende Empörung in Italien

Die Verschärfung der antideutschen Blockade durch die britischen Seeräuber hat in Italien eine gewaltige Empörung ausgelöst, die im Steigen begriffen ist. Die Begründungen des britischen Außenministeriums und des französischen Vizepräsidenten Bernot werden in Rom keineswegs als stichhaltig oder gar für andere Staaten verpflichtend angesehen.

Mit aller Schärfe wendet sich u. a. das Blatt „Tribuna“ gegen Englands Behauptung, für „eine gemeinsame Sache“ zu kämpfen, für die die anderen Völker Opfer bringen müßten. „Wer hat denn“, so fragt das angesehenen italienische Blatt, „Großbritannien gesagt, daß die Nichtkriegführenden überzeugt sind, daß es sich um eine „gemeinsame Sache“ handelt?“

Was Bernots Erklärungen betreffe, so könne man in ihnen wahrlich keinen Vorteil für die betroffenen Staaten sehen, sondern vielmehr eine nachgerade brutale Einschüchterung gegenüber den Neutralen, sich ohne allzu viele Proteste dem französisch-englischen Zwang zu unterwerfen.

Brutaler Angriff auf neutrale Souveränität

Von den baltischen Zeitungen wird die britische Forderung als ein brutaler Angriff auf die neutrale Souveränität hingestellt. England versuche, fremde Kontrolle in neutralen Häfen einzuführen. Die eigenen Behörden des betreffenden Landes würden nicht als Urkundensteller anerkannt. Die neuen englischen Blockademaßnahmen entsprächen durchaus nicht dem anerkannten Völkerrecht und häuften Unrecht auf Unrecht.

Die in Uruguay und Argentinien umlaufenden schwarzen Listen der Engländer haben in diesen Ländern große Empörung ausgelöst.

Man bezeichnet die englische Blockademethode als brutale Gewalt. Die schwarzen Listen trafen die Neutralen empfindlich. Sie seien eine flagrante Verletzung des Völkerrechts.

Sie mißachteten die Hoheitsrechte und den friedlichen Charakter der neutralen Völker und seien trotzdem unwirksam. Wie der Kapitän des von der letzten Europafahrt zurückgekehrten U.S.A. - Fracht dampfers „Blad Eagle“ mitteilte, haben die Engländer auf der Sintreise des Schiffes im Oktober 1156 Postfische, darunter 130 für Deutschland, beschlagnahmt und von Bord geschafft. Ein Großteil der Post war für Belgien und Holland bestimmt.

Englands Ausfuhrblockade völkerrechtswidrig

Kosten müssen nun die Neutralen tragen

Die holländischen Abendblätter befassen sich sämtlich mit den sogenannten britischen Vergeltungsmaßnahmen und veröffentlichten die Meldungen hierüber mit größter Aufmerksamkeit. Die meisten Wäcker machen diese Meldung zur wichtigsten des Tages und versehen sie mit großen Überschriften.

In den redaktionellen Stellungnahmen wird noch einmal zum Ausdruck gebracht, in wie starkem Maß die Neutralen unter diesen willkürlichen Methoden der Alliierten zu leiden haben. Der „Maasbode“ stellt fest, daß hierdurch den Neutralen die schwersten Opfer auferlegt werden. Das nationale „Dagblad“ überschreibt die Berichte in Vollenlettern über die ganze Breite der ersten Seite „Hollands Handel vernichtet — Wirtschaftskrieg auf Kosten der Neutralen“.

Eine sehr eingehende und völkerrechtlich unterlegte Darstellung bringt hierzu der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ der den Versuch unternimmt, dem historischen Lauf der Entwicklung noch einmal zu folgen. Das Blatt stellt eingangs fest, daß Vergeltungsmaßnahmen, wie sie hier durch die Alliierten angewandt werden, an sich unrechtmäßige Handlungen sind. Bei der Beurteilung von Vergeltungsmaßnahmen, in denen das Blatt eine Art Selbstverteidigung gegenüber Rechtsverletzungen der Gegenseite sieht, sei jedoch maßgebend, ob diese Gegenseite sich tatsächlich etwas Rechtswidriges zuschulden habe kommen lassen, und hieraus ergebe sich die Frage, ob es richtig ist, daß Deutschland wegen seiner Seektrennung etwas vorgeworfen werden könne. England berufe sich bei der Rechtfertigung seiner angeforderten „Vergeltungsmaßnahmen gegen den deutschen Export“ darauf, daß der durch

England wird es bereuen

Chamberlain: Ab 4. Dezember Blockadverschärfung

Der britische Ministerpräsident Chamberlain hat im Unterhaus bekanntgegeben, daß der englische Plan zur Behinderung der deutschen Ausfuhr im Einvernehmen mit Frankreich am 4. Dezember in Kraft treten soll. Chamberlain hat dann mit fadenscheinigen Begründungen die britischen Seeräubermaßnahmen gegenüber den Neutralen zu entschuldigen versucht. Wenn er dabei von der „Stärke unseres Feindes“ gesprochen hat, so hat er wohl in seinem Unterbewußtsein damit zum Ausdruck gebracht, daß der britische Verzweiflungsschritt für England selbst böse Folgen haben und der Dolchstoß gegen Deutschlands Handel den britischen Rechtsbrecher selbst treffen wird. Die britische Admiralität hat übrigens auf funktentelegraphischem Wege allen Schiffen, die sich zur Zeit auf See befinden, Anweisung erteilt, die — völkerrechtswidrige — Verordnung über die Blockade gegen den deutschen Export „sofort bei Inkrafttreten“ in Anwendung zu bringen.

Englands Schuldkonto wächst nunmehr ins Unermessliche. Denn weder in London noch in den neutralen Staaten kann man übersehen, daß die britische Piratenmethode Deutschland zu scharfen Abwehrmaßnahmen zwingt. Und was es heißt, Deutschland zu einer Verschärfung seiner Seektrennung zu

zwingen, das haben die Engländer in den letzten Tagen zur Genüge erfahren.

Alle britischen Seeräubermethoden passen zu dem wahren britischen Kriegsziel, wie es die englische Zeitung „Financial News“ enthüllt: „Eroberung der deutschen Märkte“. In der Tat ist dieser Krieg in seinem Ursprung auf den Reib der jüdischen Bankiers und Krämer der Londoner City zurückzuführen, weswegen ja auch der vorige Weltkrieg geführt worden ist. Man möchte den lästigen deutschen Konkurrenten von den Weltmärkten vertreiben, damit die Londoner Finanzjuden und Kapitalisten uneingeschränkt über die Verteilung der Güter der Welt bestimmen können. Deshalb auch die neue Anbelagerung der Neutralen durch die völkerrechtswidrigen englischen Maßnahmen gegen die deutsche Ausfuhr. Das Blatt „Financial News“ schreibt: „Man kann nur hoffen, daß die britische Regierung sich jetzt nicht auf ihren Lorbeeren ausruht, sondern sich vielmehr daran macht, die deutschen überseeischen Märkte zu erobern. Die Devisen, die Deutschland aus diesem Export erhält, kann England sehr gut gebrauchen.“ Gebrauchend wohl, aber Deutschland wird dafür sorgen, daß die Engländer sich dieses Mal in das eigene Fleisch schneiden.

